

# Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Bremen

*Abfrage der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Landesaktionsplan bis zum  
31. Mai 2016 sowie die laufenden Maßnahmen*

## Aufteilung der Zeiträume

<i>Zeitraum 2013 - 2014</i> .....	2
<i>Zeitraum 2015</i> .....	12
<i>Zeitraum 2016</i> .....	19
Laufend/ In Bearbeitung / Kontinuierlicher Prozess/ Kommender Berichtszeitraum .....	22

Zeitraum 2013 - 2014

<b>Zeitraumen der Umsetzung</b>	<b>Handlungsfeld</b>	<b>Maßnahme</b>	<b><u>Federführung</u> Weitere Beteiligte</b>	<b><u>Nummer</u></b>
Begonnen Ende 2012 Projektzeitraum circa 4 Jahre	Barrierefreie Mobilität	Stadtführer Barrierefreies Bremen - Informationen für Alle.	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>0</b>  Sobald der Haushalt beschlossen ist, wird SWAH auf die einzelnen Ressorts zugehen und die Finanzierungsanteile klären.
Ab 2013 fortlaufend	Arbeit und Beschäftigung	Die Weiterentwicklung der Tagesförderstätten hängt mit der vertraglich hinterlegten Zielsetzung zusammen: Sie soll den Menschen auf einen Arbeitsplatz in der Werkstatt für behinderte Menschen hinführen. Zu überprüfen sind die Kooperations- und Kommunikationsstrukturen zwischen der Werkstatt und der Tagesförderstätte	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend <u>und Frauen</u> Tagesförderstätten, Magistrat Bremerhaven, Werkstätten für behinderte Menschen	<b>1</b>  Das Fachreferat hat mit den Werkstätten und Tagesförderstätten diesbezüglich Fachentwicklungsdialoge geführt, um die Kooperation und Kommunikation zu verbessern und auszubauen bzw. werden erste Kooperationsverträge ganz konkret zwischen den WfbM und bestimmten Tagesförderstätten ausgehandelt.
Beginnend im ersten Halbjahr 2014	Bauen & Wohnen	Angebote verschiedener Unterstützungsformen und persönlicher Assistenz in Form von Modulen für eine selbstbestimmte Lebensführung entwickeln.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>2</b>  Dies ist ein längerer Prozess. Steht im Zusammenhang mit der Umsteuerung bestehender Wohnformen, Einrichtungen, Maßnahmen und Verträgen. Die Beratungen dazu haben begonnen. Konkrete Module sind noch nicht formuliert.
Juli 2014	Bauen & Wohnen	Herstellung der Barrierefreiheit im Ortsamt Horn-Lehe.	<u>Senatskanzlei</u> Immobilien Bremen	<b>3</b> Umgesetzt

Erste Ergebnisse ab Juli 2014	Gesundheit und Pflege	Bei der Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern sollen Kenntnisse und Sensibilisierung über die unterschiedlichen Anforderungen behinderter Patientinnen und Patienten vermittelt werden.	<u>Senator für Gesundheit</u> Bremische Krankenhausgesellschaft	<p style="text-align: center;"><b>4</b></p> <p>Die Auswertung des ersten Fortbildungsberichtes von 2014 hatte noch kein klares Bild ergeben. Die meisten Krankenhäuser haben inzwischen Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung ergriffen. Dabei standen teilweise das Thema ‚Behinderung‘ und teilweise das Thema ‚Demenz‘ im Vordergrund. In 2016 wird der zweite Bericht erwartet. Im dann anstehenden Vergleich geht die Gesundheitsbehörde davon aus, dass ein Trend bzw. ein deutlicheres Bild entsteht auch für Anregungen zur Weiterentwicklung der Kenntnisse und für eine höhere Sensibilisierung.</p>
2. Halbjahr 2014	Bauen & Wohnen	Schulung von Ortsbeiräten und Ortsamtsleiterinnen und Ortsamtsleitern zum Thema „Barrierefreiheit“.	<u>Senatskanzlei</u> Landesbehinderten-beauftragter, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<p style="text-align: center;"><b>5</b></p> <p>Eine Reihe von Schulungen zu verschiedenen Themen findet ab Mai 2016 statt. Für das Thema „Barrierefreiheit“ wird es voraussichtlich im Herbst 2016 ein Angebot geben.</p>
3. Quartal 2014	Erziehung und Bildung	Etablierung einer Projektgruppe aus Krippenvertreterinnen und Krippenvertretern, Interdisziplinären Frühförderstellen und Eltern zu den Förderbedingungen in Krippengruppen.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<p style="text-align: center;"><b>6</b></p>
Herbst 2014	Belange behinderter Menschen mit Migrationshintergrund	Zwischen der AG Gesundheit des Bremer Rats für Integration und dem Landesbehinderten-beauftragten wird ein Austausch über mehrere Monate zum Thema Migration und Behinderung stattfinden	Büro des Landesbehinderten-beauftragten	<p style="text-align: center;"><b>7</b></p> <p>Austausch hat stattgefunden / Zum Abschluss gem. Veranstaltung „Brücken bauen“ - 26.02.15</p>

Ab Herbst 2014	Evaluation und Novellierung des BremBGG	Evaluation des BremBGG	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und <u>Frauen</u> Landesbehindertenbeauftragter Landesteilhabebeirat	<b>8</b>  Die AG BremBGG hat dem Landesteilhabebeirat eine erste Synopse mit Änderungsvorschlag zum BremBGG vorgelegt. Nach Beratung im LTHB soll es Ergänzungen zu diesem Änderungsvorschlag geben. Die Senatorin für Soziales wartet dieses ab. Ebenso die Entwicklung des BGG auf Bundesebene.
Herbst 2014	Gesundheit und Pflege	Bremer Empfehlungen zur Versorgung von Menschen mit Demenz im Akutkrankenhaus.	Bremische Krankenhausgesellschaft Planungsausschuss Krankenhaus	<b>9</b>  Es wurde von der Gesundheitsbehörde ein ExpertInnenrat eingerichtet. Dieser hat Empfehlungen für die Krankenhäuser ausgesprochen. Aktuell läuft eine Fragebogenaktion in allen Krankenhäusern, inwieweit die Empfehlungen umgesetzt werden können. Die Befragung soll alle 2 Jahre wiederholt werden
Herbst 2014	Kultur, Freizeit und Sport	Klarstellung zur Barrierefreiheit auch im Denkmalschutzgesetz. Bei der anstehenden Novellierung des Bremischen Denkmalschutzgesetzes ist im Konsens zwischen Ressort, Landesdenkmalpfleger und dem Landesbehindertenbeauftragten eine entsprechende Regelung erarbeitet...(siehe LAP)	<u>Senator für Kultur</u> Landesamt für Denkmalpflege	<b>10</b>  Formulierung wird derzeit zwischen Landesamt für Denkmalpflege, Landesbehindertenbeauftragtem und Kulturressort abgestimmt; Vorlage möglicherweise bis 1. Juni 2016
Modelhaft geplant ab dem 01.10.2014	Arbeit und Beschäftigung	Erprobung anonymisierter Bewerbungsverfahren über das Online-Bewerbungsmanagementsystem „Kopers“ in Bereichen, in denen die Voraussetzungen wie Möglichkeiten zur Standardisierung und Digitalisierung gegeben sind.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Speziell ausgewählte Ressorts bzw. Dienststellen	<b>11</b>  Verfahren wurde nach Erprobung und Softwareproblemen Ende 2015 zunächst ausgesetzt.
4. Quartal 2014	Erziehung und Bildung	Möglichkeit der pauschalierten Ausstattung von Einrichtungen mit Persönlichen Hilfen.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>12</b>  Ressortübergreifende Arbeitsgruppe ist eingerichtet und befindet sich in der Phase der Konzeption

4. Quartal 2014	Erziehung und Bildung	Prüfauftrag an Immobilien Bremen für eine mittelfristige Planung zur Weiterentwicklung der Barrierefreiheit in den KiTa Bremen Einrichtungen nach dem Vorbild „barrierefreiplus“ in Dortmund.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>13</b>
4. Quartal 2014	Erziehung und Bildung	Für gehörlose Kinder und Eltern soll die Kommunikation in den Kindertagesstätten qualifiziert werden. Bildung bilingualer Projekte mit Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gebärdensprachdolmetschern in einzelnen Kindertagesstätten (im Sinne einer Schwerpunkteinrichtung) und deren Erprobung.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>14</b>
Erstmalig geplant bis Ende 2014	Erziehung und Bildung	Visuelle und sprachliche Betonung des Aspekts „schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber“ im Rahmen der Ausbildungskampagne „Du bist der Schlüssel....“.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Aus- und Fortbildungszentrum	<b>15</b> Umgesetzt
Bis Ende 2014	Kultur, Freizeit und Sport	Der Senator für Inneres und Sport und der Landesbehindertenbeauftragte unterstützen die Implementierung eines Netzwerkes zum Thema „Inklusion im Sport“.	Senator für Inneres und Sport, Landesbehinderten- <u>beauftragter</u> Beteiligte der AG Inklusion beim Projekt „Inklusion im Sport“	<b>16</b> Siehe auch Nr. 42
Beginnend Ende 2014	Barrierefreie Mobilität	Der sogenannte Sonderfahrdienst für Personen im Rollstuhl, die den Öffentlichen Personennahverkehr nicht nutzen können, soll in Bezug auf die Anzahl der Fahrten und die Bedarfsfeststellung weiter flexibilisiert werden.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>17</b> Noch nicht umgesetzt

Beginnend Ende 2014	Bauen & Wohnen	Förderung der Nutzung des Persönlichen Budgets und Bearbeitung der Landes-Rahmenrichtlinie.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>18</b> Die Landes-Rahmenrichtlinie ist entfristet. Für die Leistungen der „Ambulante Maßnahme Persönliche Assistenz (ISB)“ gibt es die Rahmensetzung Persönliches Budget nach § 17 SGB IX und Arbeitgebermodell nach § 66 SGB XII. Die Vergütung orientiert sich an den mit den ISB-Trägern vereinbarten Stundensätzen.
Beginnend Ende 2014	Bauen & Wohnen	Für Bremer/innen die außerhalb Bremens in Einrichtungen der Behindertenhilfe leben, soll ein Konzept für einen möglichen Rückzug nach Bremen, einschließlich einer persönlichen Zukunftsplanung, entwickelt werden.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>19</b> Die Entwicklungen des Bundesteilhabegesetzes sind abzuwarten und Gespräche mit Niedersachsen zu führen. Gespräche zu fehlenden Angeboten in Bremen finden statt.
Ab 2014	Barrierefreie Mobilität	Programm zur barrierefreien Umgestaltung der Haltestellen für Linienbusse in der Stadt Bremen.	Senator für Umwelt, Bau <u>und Verkehr</u> Amt für Straßen und Verkehr	<b>20</b> Die im Jahr 2015 benannten Vertreter sind für das Ressort nicht mehr tätig. Ende April 2016 wurde der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr durch den Vorsitzenden des Beirats aufgefordert, eine Nachfolgeregelung zu treffen. Eine Mitteilung zum Stand der Umsetzung wird demnach erst nach der Neubesetzung erfolgen.
Ab 2014	Bauen & Wohnen	Barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung des gesamten Bremer Rathauses herstellen, insbesondere Prüfung eines barrierefreien Haupteingangs.	<u>Senatskanzlei</u> Immobilien Bremen Landeskonservator	<b>21</b> Eine Machbarkeitsstudie liegt inzwischen vor. Sie wurde dem LBB zugeleitet. Die Senatskanzlei hat Immobilien Bremen gebeten, die mit einer Rampenlösung am Haupteingang des Neuen Rathauses verbundenen Maßnahmen und deren finanzielle Auswirkungen unter Beteiligung des LBB und des Landesamtes für Denkmalpflege unter Berücksichtigung des Vorschlags aus der Machbarkeitsstudie weiter zu prüfen.

Ab 2014	Erziehung und Bildung	Aufnahme des Themas Inklusion in den Zielvereinbarungen zwischen senatorischer Behörde und Hochschulen. Mindestinhalt: Inklusionskonzepte für alle Hochschulen.	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>22</b>  Das Thema Inklusion ist in den Zielvereinbarungen mit allen Hochschulen enthalten. Die Hochschulen müssen dann berichten, was sie gemacht haben. In der September-Sitzung des Landesteilhabeberrats werden Ergebnisse vorgestellt.
Umsetzung in 2014	Gesundheit und Pflege	Die Ärztinnen, Ärzte und Psychotherapeutinnen, Psychotherapeuten werden aufgefordert, sich am Stadtführer „Barrierefreies Bremen“ zu beteiligen. Hier sollten sich die Ärztinnen, Ärzte bereit erklären, die Praxen für die Darstellung im Stadtführer erheben zu lassen.	Die Zuständigkeit liegt bei der Selbstverwaltung. Die Senatorin für Gesundheit wirbt um die Einhaltung der Bremischen Landesbauordnung und der Beteiligung beim Stadtführer „Barrierefreies Bremen“.	<b>23</b>  Siehe Punkt 43
2014	Arbeit und Beschäftigung	Schaffung der Stelle eines Akquisiteurs von Integrationsprojekten in der Stadt Bremerhaven.	Amt für Versorgung und Integration	<b>24</b>  Umsetzung ist erfolgt. Jedoch hat die Integrationsprojektberaterin bereits zum 31.12.2015 wieder gekündigt. Jetzt wird die Integrationsprojektaquise mit der Integrationsberatung zusammengeführt. Dafür wird die Stelle des Integrationsberaters in Bremerhaven von 0,5 Stelle auf 1,0 Stelle aufgestockt.
2014	Arbeit und Beschäftigung	Programm der Bundesregierung zur intensivierten Eingliederung und Beratung von schwerbehinderten Menschen im Rahmen der Inklusionsinitiative: Umsetzung im Land Bremen durch die Träger der Arbeitsvermittlung mit Unterstützung vom Amt für Versorgung und Integration und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.	Träger der <u>Arbeitsvermittlung</u> Amt für Versorgung und Integration, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>25</b>  Umsetzung nicht mehr möglich Das BMAS hat leider dem Projekt „Mentor“ des Jobcenters Bremen keine Förderzusage erteilt. Ein weiterer Antrag kann nicht mehr gestellt werden.

2014	Arbeit und Beschäftigung	Umfassendes öffentliches Controlling der Förderung aus Mitteln der Ausgleichsabgabe im Land Bremen im Rahmen der Deputations-Berichterstattung zum Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) 2014 - 2020.	Amt für Versorgung und Integration, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>26</b>  Umsetzung läuft Eine entsprechende Berichterstattung bezüglich des „Fonds D“ des BAP 2014 2020 war bislang der Deputation nicht vorzulegen
2014	Arbeit und Beschäftigung	Netzwerkzusammenschluss der Partner vom Amt für Versorgung und Integration und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen im Bereich der Förderung von Integrationsprojekten bilden.	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>27</b>  Wird nicht umgesetzt Ein Netzwerkzusammenschluss ist nicht mehr erforderlich. Die Fördermöglichkeiten für Integrationsprojekte sind mittlerweile ausreichend bekannt gemacht worden. Das AVIB erhält so viele Anfragen für Integrationsprojekte, dass nunmehr die Sicherstellung der Finanzierung gewährleistet werden muss. Ein Netzwerk würde Erwartungen wecken, die das AVIB nicht mehr erfüllen kann.
2014	Gesundheit und Pflege	Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für die barrierefreie gynäkologische Praxis durch den Senator für Gesundheit. Informationsschreiben sowie Broschüren an alle niedergelassenen Ärzte. Für das Jahr 2014 wird ein neues Konzept zur Bewerbung der Praxis erarbeitet...	<u>Senator für Gesundheit</u> Runder Tisch „Barrierefreie Gynäkologische Praxis“	<b>28</b>  Das Angebot besteht weiterhin Im Dezember 2015 wurde im Teilhabebeitrat ausführlich berichtet. Wegen der bisher nur abends zur Verfügung stehenden Sprechstunden wurde von der Gesundheitsbehörde inzwischen die Kassenärztliche Vereinigung angesprochen. Dort soll künftig eine angemessene Terminkoordination erfolgen.
2014	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Überprüfung der Bereitschaft der Blindenvereine zur Herstellung von Stimmzettelschablonen (§ 33 Absatz 4 BremLWO).	Senator für Inneres und Sport	<b>29</b>  Wie bei den letzten Wahlen auch, werden entsprechende Schablonen bei den nächsten Wahlen im Zusammenarbeit mit dem Wahlamt vorbereitet.



Ab 2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	In 2014 wird der Rahmen für eine externe Evaluation festgelegt, um die Veränderungen aus der Neuorganisation der Frühförderung durch die Interdisziplinären Frühförderstellen zu bewerten.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>30</b>
2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Mobiler Dienst für die sonderpädagogischen Förderbereiche Sehen, Hören, körperlich-motorische Entwicklung <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erarbeitung der Konzeption für die jeweiligen Förderbereiche</li> <li>• Umsetzung der Forderungen in der Verordnung für unterstützende Pädagogik</li> </ul>	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>31</b>  Wurde eingerichtet - ist umgesetzt
2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Umsetzung des Entwicklungsplans Migration und Bildung.	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>32</b>  Wird umgesetzt, Unterausschuss Migration und Bildung als politisches Gremium aktiv
2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Fortbildungen - Begleitprogramm zur Umsetzung des inklusiven Prozesses an Bremer Schulen.	Landesinstitut für Schule	<b>33</b>  Neues Programm für das kommende Schuljahr 2016/17 aufgelegt und im Internet zugänglich
2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Konzeption und deren Umsetzung zum Einsatz der Assistenz in Schule.	Senatorin für Bildung <u>und Wissenschaft</u> Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>34</b>  Siehe Punkt 12
2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Weiterentwicklung der Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale Dienste</li> <li>• Schuler ergänzende und schul ersetzende Maßnahmen im Bereich der emotional-sozialen Entwicklung</li> </ul>	Senatorin für Bildung <u>und Wissenschaft</u> Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>35</b>  Ist umgesetzt

2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Berufsorientierung unter dem Aspekt der inklusiven Beschulung <ul style="list-style-type: none"> <li>• Konzeption und Standards zur Umsetzung der Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf</li> <li>• Berufsorientierung unter dem Aspekt der Möglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt (insbesondere im Bereich der kognitiven Beeinträchtigungen)</li> </ul>	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>36</b>  Bund-Ländervereinbarung zur vertiefenden Berufsorientierung in der Phase der Konzeption, Initiative Inklusion des Bundes wird eingebunden, so, dass die vertiefende Berufsorientierung für alle Schülerinnen und Schüler durchgeführt werden kann
2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Inklusion als einen Arbeitsschwerpunkt des Landesausschusses für Weiterbildung vereinbaren (Zielsetzung). Das Thema Inklusion mittelfristig in allen geförderten Weiterbildungseinrichtungen systematisch vereinbaren (Zielsetzung).	Landesausschuss für Weiterbildung	<b>37</b>
Zielvereinba- rungen 2014, Schulung 2015, Vorbereitung erster Wahlen ab 2016	Schutz der Persönlichkeits- rechte	Frauenbeauftragte in Einrichtungen schaffen. Zielvereinbarungen zwischen den Beteiligten verabreden. Schulung im Rahmen des Bundesmodellprojekts – Teilnahme Bremen.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, ZGF	<b>38</b>  Aktuell wird die Umsetzung von Schulungen für Frauenbeauftragte in Werkstätten geplant. Für Wohneinrichtungen muss das Projekt angepasst werden.
Umsetzung er- folgt bis Ende 2014/2015	Gesundheit und Pflege	Die Krankenhäuser sollen eigene Richtlinien und Konzepte zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen und ihres Rechts auf Selbstbestimmung entwickeln. Dazu gehören auch verständliche Informationen zu Erkrankungen (Leichte Sprache).	<u>Krankenhäuser</u> Senator für Gesundheit	<b>39</b>  Hierzu gibt es keinen neuen Sachstand. Die Gesundheitsbehörde wird in der 2. Jahreshälfte 2016 dieser Angelegenheit nachgehen.
2014-2015	Arbeit und Beschäftigung	Angebot einer Fortbildung zur Anwendung der Leichten Sprache im zentralen Fortbildungsprogramm der Freien Hansestadt Bremen.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Gesamtschwer- behindertenvertretung, Gesamtpersonalrat	<b>40</b>  Die Fortbildung wird auch in 2016 angeboten

2014-2015	Arbeit und Beschäftigung	<p>Die Werkstätten können und sollen sich stärker als bisher um die Zielsetzung der Vermittlung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bemühen; wirksam und messbar.</p> <p>Der Übergang von der Tagesstätte zur Werkstatt für behinderte Menschen ist ebenfalls zu verbessern. Menschen mit hohen und außergewöhnlichen Unterstützungsbedarfen sollten in einem stärkeren Umfang als bisher den Weg in den Arbeitsbereich finden und den sozialversicherungsrechtlichen Status in der Werkstatt erhalten.....</p>	<p>Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und <u>Frauen</u></p> <p>Senator für Gesundheit, Magistrat Bremerhaven, Werkstätten für behinderte Menschen</p>	<p style="text-align: center;"><b>41</b></p> <p>Das Fachreferat lässt sich im Rahmen der Prüfung der WfbM über die Konzepte für die Übergänge und die konkreten Maßnahmen berichten und wird die Beteiligungsrechte in der konkreten Arbeit in den Fachausschüssen der Werkstätten verstärkt bei der Beratung einfordern. Um Menschen mit höchsten Unterstützungsbedarfen beschäftigen zu können, haben alle Werkstätten in den Verträgen eine entsprechende höhere Personalausstattung erhalten. Ebenfalls flankieren Kooperationsbeziehungen den stärkeren Übergang von der TFS in die WfbM.</p>
2014-2016	Kultur, Freizeit und Sport	Umsetzung des Modellvorhabens „Inklusion im Sport“.... Siehe LAP	<p>Senator für Inneres und Sport, Landesbehindertenbeauftragter, Special Olympics, Landes-sportbund, Amt für Versorgung und Integration, Amt für Menschen mit Behinderungen</p>	<p style="text-align: center;"><b>42</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Umsetzung erfolgt.</b></p> <p>Das Modellvorhaben beginnt in 2016, die ersten Einstellungen werden im Frühjahr vorgenommen.</p> <p style="text-align: center;">Sportamt: Ausschreibung beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit Mitte April. Ausschreibungsende 31. Mai 2016.</p>
2014-2018	Gesundheit und Pflege	<p>Die Ärztinnen, Ärzte und Psychotherapeutinnen, Psychotherapeuten werden aufgefordert, sich am Stadtführer „Barrierefreies Bremen“ zu beteiligen. Hier sollten sich die Ärztinnen, Ärzte bereit erklären, die Praxen für die Darstellung im Stadtführer erheben zu lassen.</p>	<p>Die Zuständigkeit liegt bei der Selbstverwaltung. Der Senator für Gesundheit wirbt um die Einhaltung der Bremischen Landesbauordnung und der Beteiligung beim Stadtführer „Barrierefreies Bremen“.</p>	<p style="text-align: center;"><b>43</b></p> <p>Hierzu gibt es keinen neuen Sachstand. Die Gesundheitsbehörde wird die Angelegenheit in der 2. Jahreshälfte 2016 aufgreifen und erneut auf die Selbstverwaltung zugehen, somit auf diejenigen Einrichtungen, die für die Umsetzung zuständig sind.</p>

Zeitraum 2015

<b>Zeitraumen der Umsetzung</b>	<b>Handlungsfeld</b>	<b>Maßnahme</b>	<b><u>Federführung</u> Weitere Beteiligte</b>	<b><u>Nummer</u></b>
Anfang 2015	Belange behinderter Menschen mit Migrationshintergrund	Daten- und Informationsgrundlagen im Bereich Migration und Behinderung verbessern: Austausch mit dem Statistischen Landesamt und dem Amt für Versorgung und Integration	Senatskanzlei/Integration Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen sowie der Landesbehindertenbeauftragte	<b>44</b>  Im Juni 2015 hat ein Austausch zwischen dem Statistischen Landesamt, dem Amt für Versorgung und Integration sowie dem Büro des Landesbehindertenbeauftragten stattgefunden. Es liegen derzeit für Bremen keine Zahlen über Menschen mit Migrationshintergrund und Beeinträchtigung vor. Eine Erhebung ist aufgrund des Datenschutzes nicht realisierbar. Folgend hat sich die Geschäftsstelle des Beirats an das Statistische Bundesamt gewandt. Siehe Anlage zur 4. Sitzung
Ab Anfang 2015	Bauen & Wohnen	Einführung der DIN 18040 Teil 1 und 2 als Technische Baubestimmung zur BremLBO, gegebenenfalls mit den einschlägigen Regeln für die Rettung von Menschen mit Behinderungen aus Gebäuden im Brandfall.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>45</b>  Siehe Nr. 20
01.01.2015	Barrierefreie Information und Kommunikation	Umsetzungen im neuen Serviceportal: Das neue Serviceportal soll vollständig barrierefrei gestaltet werden.	Senatorin für Finanzen	<b>46</b> Laut der Fachabteilung erledigt
01.01.2015	Barrierefreie Information und Kommunikation	Umsetzungen im neuen Transparenzportal: Das neue Transparenzportal soll vollständig barrierefrei gestaltet werden.	Senatorin für Finanzen	<b>47</b> Laut der Fachabteilung erledigt

Bis 31.05.2015	Barrierefreie Mobilität	Neufassung der bremischen Richtlinie zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, öffentlicher Grünanlagen und öffentlicher Spiel- und Sportstätten.	Senator für Umwelt, Bau <u>und Verkehr</u> Stadt Bremerhaven Amt für Straßen und Verkehr, BSAG, ZVBN, VBN	<b>48</b>  Siehe Nr. 20
Bis 30.06.2015	Barrierefreie Mobilität	Zusammenarbeit der Fähren Bremen-Stedingen GmbH mit dem Landesbehindertenbeauftragten des Landes Bremen und des Landkreises Wesermarsch. Gemeinsame Begehung der Fährstelle Vegesack-Lemwerder.	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>49</b>  Umsetzung ist erfolgt Am 29. Mai 2015 hat eine Begehung stattgefunden / Zusammenarbeit wird fortgeführt
Herbst 2015	Bauen & Wohnen	Herstellung der Barrierefreiheit im Ortsamt Burglesum.	<u>Senatskanzlei</u> Immobilien Bremen	<b>50</b>  Das Ortsamt Burglesum ist 2016 in neue barrierefreie Räume umgezogen.
Bis 31.12.2015	Bauen & Wohnen	Prüfung von Maßnahmen zur Intensivierung der behördlichen Überwachung des Gesetzesvollzuges zum barrierefreien Bauen.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>51</b>  Siehe Nr. 20
Bis 31.12.2015	Barrierefreie Mobilität	Prüfung von technischen Möglichkeiten zur Erkennbarkeit von einfahrenden Linienbussen und Straßenbahnen für blinde und sehbehinderte Fahrgäste	Senator für Umwelt <u>Bau und Verkehr</u> Bremer Straßenbahn AG	<b>52</b>  Siehe Nr. 20
Bis 31.12.2015	Barrierefreie Mobilität	Konzept zur Bedarfsdeckung und strukturellen Verbesserung der Nutzbarkeit von öffentlichen Behindertenparkplätzen.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Amt für Straßen und Verkehr	<b>53</b>  Siehe Nr. 20
Ende 2015	Überprüfung des Landesrechts	Überarbeitung des Bremischen Denkmalschutzgesetz	Senator für Kultur	<b>54</b>  In der Endabstimmung, möglicherweise Vorlage eines Entwurfs noch bis zum 1. Juni 2016

Ende 2015	Barrierefreie Information und Kommunikation	Entwicklung von Konzepten, um Menschen mit Beeinträchtigungen einen vollen, wirksamen und gleichberechtigten Zugang zu Information und Kommunikation zu eröffnen.	<u>Alle</u> Verwaltungen des Landes sowie der Stadtgemeinde Bremen, die Bremische Bürgerschaft sowie die Ortsämter und Ortsbeiräte	<p style="text-align: center;"><b>55</b></p> <p style="text-align: center;">Justiz:</p> <p>Die Barrierefreiheit ist als eines der Querschnittsthemen ein fester Bestandteil der Entwicklungsanforderungen der zukünftigen Softwaresysteme. Das Nutzer-Frontend (die Rahmenanwendung e<sup>2</sup>A) wird aktuell von T-Systems auf Barrierefreiheit gutachterlich untersucht. Zusätzlich wird die Erstellung und Gestaltung der PDF-Dateien der elektronischen Akten derzeit im Architekturboard des Verbundes beraten. Daneben haben bereits Gespräche mit Vertretern der Integrationsgremien auch hier in Bremen stattgefunden.</p> <p style="text-align: center;">Senatskanzlei:</p> <p>Auf allen Websites der Ortsämter gibt es einen Text in leichter Sprache und ein Video in Gebärdensprache. Damit werden Ortsämter und Beiräte erklärt.</p>
Bis Ende 2015	Arbeit und Beschäftigung	<u>Prüfauftrag:</u> Anpassung und Aktualisierung der Integrationsvereinbarung unter Berücksichtigung der Vorgaben aus der UN-BRK.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Gesamtschwerbehindertenvertretung Gesamtpersonalrat	<p style="text-align: center;"><b>56</b></p> <p>Eine Anpassung und Aktualisierung wird im Rahmen der Novellierung des SGB IX geprüft.</p>
Bis Ende 2015	Arbeit und Beschäftigung	<u>Prüfauftrag:</u> Entwicklung eines Konzeptes für Integrationsabteilungen und -projekten für behinderte Menschen im öffentlichen Dienst (zum Beispiel Druckereien / Poststellen / Reinigungsdienste).	Senatorin für Finanzen	<p style="text-align: center;"><b>57</b></p> <p>Prüfung bei der Performa Nord und Immobilien Bremen ist erfolgt. Keine Umsetzung möglich.</p>
Bis Ende 2015	Arbeit und Beschäftigung	Evaluation des Betrieblichen Eingliederungsmanagements im Hinblick auf Akzeptanz und Wirksamkeit von Maßnahmen. Gegebenenfalls Überarbeitung der bestehenden Handlungshilfe.	Senatorin für Finanzen	<p style="text-align: center;"><b>58</b></p> <p>Erste Schritte der Evaluation sind erfolgt. Ergebnisse voraussichtlich Anfang 2017</p>

Bis Ende 2015	Kultur, Freizeit und Sport	Überdenken der Förderpolitik: Prüfung, ob im Bereich der Sportförderung ein Bonus- / Maluskonzept umgesetzt werden kann. Vereine und Institutionen mit Inklusionsangeboten erhalten mehr Fördermittel als diejenigen, die keine Inklusionsangebote machen.	Senator für Inneres und Sport	<b>59</b>  Offen. Stand der Sportentwicklungsplanung wird abgewartet. Projektende Sommer/Herbst 2016
Bis Ende 2015	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Kooperation zwischen Beratungsstellen für Frauen und Beratungsstellen für behinderte Menschen herstellen.	Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, Landesbehindertenbeauftragter	<b>60</b>  Es gibt eine Themensetzung über den AK Gewalt gegen Frauen und Mädchen, der bei der ZGF angesiedelt ist. Im Herbst 2016 steht das Thema als Schwerpunkt auf der Agenda. Die Mitwirkenden „Frauenbeauftragte in Werkstätten“ werden eingeladen.
Bis 2015	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Finanzierung von präventiven sexualpädagogischen Angeboten, für die es erprobte Konzepte gibt, klären und sichern.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und <u>Frauen</u> ZGF	<b>61</b>
Ab 2015	Bauen & Wohnen	Aufnahme einer verbindlichen Quote für barrierefreie Hotelzimmer in die perspektivisch in Landesrecht umzusetzende Beherbergungsstättenverordnung.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>62</b>  Siehe Nr. 20
Ab 2015	Bauen & Wohnen	Entwicklung eines Leitfadens für barrierefreies Bauen für Bremische öffentliche Hochbauten.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Senatorin für Finanzen, Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Immobilien Bremen	<b>63</b>  Befindet sich derzeit in der internen Klärung - Sen. f. Finanzen: Fortlaufender Status - Zuständigkeit wird beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gesehen
Ab 2015	Erziehung und Bildung	Überprüfung des Landesrechts hinsichtlich <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung des Ziels Inklusive Hochschule</li> <li>• Prüfung der Erhöhung der Härtefallquote</li> <li>• Ausweitung der Härtefallquote</li> </ul>	Senatorin für Bildung <u>und Wissenschaft</u> Hochschulen	<b>64</b>  Das soll zusammen mit anderen Änderungen am Hochschulgesetz gemacht werden. Der Termin steht noch nicht fest. Die Referentin für das Hochschulrecht ist im Kontakt mit Herrn

		auf den Zugang zu Masterstudiengängen		Dr. Steinbrück. Sie werden sich noch im Sommer treffen.
Ab 2015	Erziehung und Bildung	Beteiligung an der Gesetzesinitiative zur Erneuerung des Sozialrechts, mittels derer die Finanzierung des behinderungsbedingten Studienmehrbedarfs an moderne, politisch gewollte Bildungsverläufe angepasst wird.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und <u>Frauen</u> Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>65</b>  Der Entwurf für das neue Gesetz liegt jetzt vor. Es sieht einige Verbesserungen für Studierende mit Behinderungen vor, aber es wurden nicht alle Forderungen der Studierenden mit Behinderungen erfüllt.  Die Konferenz der Minister der Länder, die für Hochschulen zuständig sind, hat bei den Arbeiten an dem Gesetz ihre Meinung gesagt und wird es auch jetzt wieder tun.  Sie hat schon erreicht, dass die Zuständigkeit für die Eingliederungshilfe nicht auf die Hochschulen verlagert wird. Das wäre aus ihrer Sicht nicht gut für die Studierenden mit Behinderung gewesen.  Sie wird auch noch weitere Forderungen zu dem Gesetzesentwurf beschließen. Davon kann in der Juni-Sitzung berichtet werden.
Ab 2015	Erziehung und Bildung	Überprüfung der Praxis der Vergabe der Eingliederungshilfe für behinderte oder chronisch kranke Studierende.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und <u>Frauen</u> Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>66</b>  Siehe Punkt 12
Ab 2015	Erziehung und Bildung	Verbesserung der Übergänge zu Beginn und Ende des Studiums.	Senatorin für Bildung und <u>Wissenschaft</u> Hochschulen, Schulen, Arbeitsagenturen	<b>67</b>  Das kann angefangen werden, wenn die Inklusionskonzepte aus Punkt 22 vorliegen.
Beginnend in 2015	Bauen & Wohnen	Einführung einer verbindlichen Quote uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbarer Wohnungen in die BremLBO.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>68</b>  Siehe Nr. 20
Beginnend in 2015	Bauen & Wohnen	Ausweitung der barrierefrei nutzbaren Räume / Bereiche auf die barrierefrei erreichbare Wohnung insgesamt (mit	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>69</b>  Siehe Nr. 20



		Ausnahme mehrfach vorhandener Funktionsräume).		
Beginnend in 2015	Bauen & Wohnen	Aufnahme einer Bestimmung in die BremLBO, wonach auch Arbeitsstätten, beschränkt auf Büro-, Verwaltungs- und Gerichtsgebäude mit mehr als 500 qm Nutzfläche barrierefrei nutzbar sein müssen.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>70</b> Siehe Nr. 20
Vorbereitung ab 2015	Erziehung und Bildung	Gebärdensprache <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung/ Anerkennung der Gebärdensprache als zweite Fremdsprache</li> <li>• Gebärdensprache als Angebot auf der Ebene der Arbeitsgemeinschaften in der allgemeinbildenden Schule</li> </ul>	Senatorin für Bildung und <u>Wissenschaft</u> Landesverband der Gehörlosen	<b>71</b> Weiter im Planungsstadium
2015 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Entwicklung von Standards inklusiver Schule.	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>72</b> Werden im Ergebnis der Evaluation verfasst
2015 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Fortschreibung des „Entwicklungsplans Inklusion“.	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>73</b> Ergebnisse der Evaluation werden abgewartet
2015 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Inklusion an Berufsbildenden Schulen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwicklung von Standards zur Umsetzung der Inklusion an Berufsbildenden Schulen (zum Beispiel Barrierefreiheit)</li> <li>• Arbeitsgruppe Inklusion in der beruflichen Bildung entwickelt Definition/ Ansprüche zur Inklusion und formuliert Unterstützungs-bedarfe und -wünsche hinsichtlich personeller und räumlicher Ausstattung</li> <li>• etc.</li> </ul>	Senatorin für Bildung und <u>Wissenschaft</u> Landesinstitut für Schule, Schulen und Universitäten	<b>74</b> Neue AVBG-VO im Entwurf erstellt und im Mitbestimmungsprozess, erste Behandlung im Unterausschuss Inklusion erfolgt
2015	Erziehung und Bildung	Qualitätsstandards für die Zentren für unterstützende Pädagogik.	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>75</b>

				Werden im Ergebnis der Evaluation überarbeitet
2015	Erziehung und Bildung	Inklusion und Ganzttag - Entwicklung von Standards für alle Schulstufen.	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>76</b> Befinden sich in der Erarbeitung
2015	Erziehung und Bildung	Konzeption zur Bildung von Peer Groups für beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler unter der Berücksichtigung der jeweiligen Entwicklungs-stufen.	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>77</b> Ist in der Jahresarbeitsplanung der Steuergruppe Inklusion aufgenommen
2015	Arbeit und Beschäftigung	Neuer Dienstsitz des Amtes für Versorgung und Integration an der Doventorscontrescarpe 172 D und damit erstmals ein einheitlicher Standort aller Dezernate (einschl. Integrationsamt) zur optimalen Leistungserbringung für behinderte Menschen.	Amt für Versorgung und Integration	<b>78</b> <b>Umsetzung ist erfolgt</b> Der Umzug wurde Anfang des Jahres 2016 abgeschlossen.
2015	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Länderarbeitsgruppe „Bereitstellung von Kommunikationshilfen im Rahmen gerichtlicher Verfahren“.	Senator für Justiz und Verfassung (beteiligt)	<b>79</b> Die Länder-AG hat der Justizministerkonferenz einen Bericht vorgelegt. Die Konferenz hat im Herbst 2014 das Bundesministerium der Justiz gebeten, die Vorschläge der Länder-AG, insbesondere eine erweiterte Neufassung des § 186 Gerichtsverfassungsgesetz, der derzeit hör- und sprachbehinderte Personen betrifft, umzusetzen.
2015	Barrierefreie Information und Kommunikation	Ein zukünftiges E-Government-Gesetz des Landes muss die Anforderung der Barrierefreiheit an die informationstechnischen Systeme beinhalten und aufgreifen.	Senatorin für Finanzen	<b>80</b> Fortlaufend

Erste Ergebnisse 2015, perspektivisch ab 2017	Gesundheit und Pflege	Schaffung von angemessenen therapeutischen (beratenden) Angeboten für Menschen mit einer geistigen Beeinträchtigung und einer psychischen Erkrankung. Bildung von Strukturen der Krisenintervention.	<u>Senator für Gesundheit</u> Landesbehindertenbeauftragter, Kassenärztliche Vereinigung, Psychotherapeutenkammer, Klinikverbund Gesundheit Nord	<b>81</b>  Zur Umsetzung angemessener therapeutischer (beratenden) Angeboten für Menschen mit einer geistigen Beeinträchtigung und einer psychischen Erkrankung und zur Bildung von Strukturen der Krisenintervention ist die Einrichtung eines Medizinische Zentren für Erwachsene mit geistiger oder mehrfacher Behinderung (MZEB) geplant. Das Klinikum Bremen Mitte hat sich zur Umsetzung bereit erklärt. Derzeit laufen dort die Vorbereitungen. Sie werden unterstützt von der Gesundheitsbehörde und Sozialbehörde. Die Umsetzung ist für das Jahr 2017 geplant.
---	-----------------------	--	--	--

**Zeitraum 2016**

<b>Zeitraumen der Umsetzung</b>	<b>Handlungsfeld</b>	<b>Maßnahme</b>	<b><u>Federführung</u></b> Weitere Beteiligte	<b><u>Nummer</u></b>
Frühjahr 2016	Belange behinderter Menschen mit Migrationshintergrund	<i>Austausch zwischen Behindertenberatungsstellen und Migrationsdiensten:</i> Es wird ein Fachtag durchgeführt. Dieser soll dem Austausch zwischen den Beratungsstellen für Migrantinnen und Migranten und der Behindertenhilfe dienen.	Senatskanzlei/Integration Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen sowie der Landesbehindertenbeauftragte	<b>82</b>  Der Fachtag wird im Herbst 2016 stattfinden. Es ist geplant das Modell „Ortsbesuche“ vorzustellen. Ferner wird ein Austausch mit dem Fachforum Berlin angestrebt. In dem Forum erfolgt seit einigen Jahren ein regelmäßiges Austausch zwischen Behindertenberatungsstellen und Migrationsdiensten
Bis 2016	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Entwicklung von Standards für Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse.	<u>ZGF</u> Fachleute aus dem Feld Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>83</b>  Die Standards sind als gemeinsames Projekt von ZGF und Polizei in Arbeit und sollen im ersten Halbjahr 2016 fertiggestellt sein.

2016	Arbeit und Beschäftigung	Schaffung eines eigenen, umfassend barrierefreien Schulungszentrums des Integrationsamtes am neuen Dienstsitz des Amtes für Versorgung und Integration - und in der Folge Steigerung der Zahl von Schulungs- und Informationsveranstaltungen und der Bekanntheit.	Amt für Versorgung und Integration	<p style="text-align: center;"><b>84</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Umsetzung ist erfolgt</b></p> <p>Der Schulungsraum wurde nach Umzug des AVIB 2016 in Betrieb genommen Die Steigerung der Informationsveranstaltungen startet bereits im 2. HJ 2016. Die weiteren Effekte werden mittelfristig eintreten.</p>
2016	Arbeit und Beschäftigung	Die Forderung nach einer verbindlichen Einrichtung von Frauenbeauftragten in Werkstätten wird befürwortet und unterstützt. Dies würde Änderungen im Bundesrecht (Werkstätten-Mitwirkungsverordnung, gegebenenfalls SGB IX) erfordern. Hierfür wird die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen sich im Rahmen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz einsetzen und gegebenenfalls eine Bundesratsinitiative prüfen.....	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und <u>Frauen</u> Senator für Gesundheit, Magistrat Bremerhaven, Zentralstelle für die Verwirklichung d. Gleichberechtigung der Frau, Werkstätten für behinderte Menschen	<p style="text-align: center;"><b>85</b></p> <p>Durch die Vorgaben im Bundesteilhabegesetz ist die Einrichtung von Frauenbeauftragten gesetzlich verbindlich vorgeschrieben! Umsetzung erfolgt somit in Zukunft. ZGF arbeitet in der Steuergruppe zum Projekt bei Soziales mit.</p>
Ab 2016	Arbeit und Beschäftigung	Einsatz von ausgebildeten Genesungsbegleiterinnen und Genesungsbegleitern: Menschen mit Psychiatrieerfahrung und ihre Angehörigen können einen wichtigen Beitrag leisten, um das Versorgungssystem qualitativ besser und wirtschaftlicher zu machen. Wie bereits im Klinikum Reinkenheide Bremerhaven erfolgreich geschehen - befürwortet der Senator für Gesundheit die Anstellung von ausgebildeten Genesungshelferinnen und Genesungshelfern in Teams des psychiatrischen Versorgungssystems (Kliniken/Komplementäre Angebote).	Senator für <u>Gesundheit</u> Leistungserbringer	<p style="text-align: center;"><b>86</b></p> <p>Der Einsatz von ausgebildeten Genesungsbegleitern und Genesungsbegleiterinnen ist ein wichtiges Anliegen der Gesundheitsbehörde. Sie ist davon überzeugt, dass Genesungsbegleiter und –begleiterinnen einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung leisten können. Deshalb stellt die Senatorin für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 Modellgelder zu Verfügung. Hiervon soll die Ausbildung zum Genesungsbegleiter für 8 Personen gefördert werden. Zusätzlich sollen Arbeitsplätze für 8 Genesungsbegleiter und -begleiterinnen in psychiatrischen Einrichtungen in 2016 und weitere 8 in 2017 eingerichtet werden. Für die</p>

				<p>geförderten Stellen wird eine persönliche Unterstützung bei der Arbeitsaufnahme und während des Förderzeitraumes angeboten. Die Organisationen, die Genesungsbegleiter oder Genesungsbegleiterinnen beschäftigen, werden geschult, damit die Beteiligung der Genesungsbegleiter und –begleiterinnen auch gelingt und ihre Sichtweise in die Angebote einfließt.</p>
<p>Modellprojekt – Ab 2016</p>	<p>Arbeit und Beschäftigung</p>	<p>Mit der Einführung der Leistungstypen “Betreute Beschäftigung“ und „Tagesstruktur Integral“ wird es im bisherigen Angebotsspektrum für Menschen mit psychischen Krankheiten und Suchterkrankungen (SGB XII) eine qualifizierte Alternative zur bisherigen Tagesstruktur und zur Werkstatt für behinderte Menschen geben. Das vorgesehene Modellprojekt ist mit einer Umstrukturierung des bisherigen Systems verbunden. Angestrebte Platzzahl: mindestens 120 „Betreute Beschäftigung“.</p>	<p><u>Senator für Gesundheit</u> Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen Magistrat Bremerhaven</p>	<p><b>87</b></p> <p>Es ist wichtig, dass mehr psychisch kranke Menschen eine sinnvolle Beschäftigung oder Arbeit finden. Dies wird von der Senatorin unterstützt. Das Land Bremen verfügt nicht über viel Geld. Darum ist es wichtig, dass die neuen Angebote kein zusätzliches Geld kosten. Darum ist die Gesundheitsbehörde mit den freien Trägern im Gespräch. Gemeinsam soll eine Lösung gefunden werden. Außerdem wird bald ein neues Gesetz verabschiedet. Das Bundesteilhabegesetz wird viele Grundlagen für die Hilfen für psychisch kranke Menschen verändern. Deshalb muss das Gesetz abgewartet werden, um eine endgültige Lösung für mehr Arbeit und Beschäftigung festzulegen.</p>
<p>Voraussichtlich ab 2016</p>	<p>Bauen &amp; Wohnen</p>	<p>Herstellung der Barrierefreiheit im Ortsamt Blumenthal</p>	<p><u>Senatskanzlei</u> Immobilien Bremen</p>	<p><b>88</b></p> <p>Das Ortsamt Blumenthal wird 2016 in neue barrierefreie Räume umziehen.</p>
<p>Kommende Legislatur- periode (Stand 2014)</p>	<p>Schutz der Persönlichkeits- rechte</p>	<p>Erarbeitung eines Kriterienkatalogs Barrierefreiheit von Wahllokalen.</p>	<p>Senator für Inneres und Sport</p>	<p><b>89</b></p> <p>In Absprache mit dem Landesbehindertenbeauftragten soll dem Ressort ein Kriterienkatalog übersandt werden. Mit dem Kriterienkatalog des Landesbehindertenbeauftragten kann das Ressort die Barrierefreiheit der Wahllokale überprüfen und ggf. nachbessern.</p>

Kommende Legislaturperiode (Stand 2014)	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Einführung eines Rechtsanspruchs auf eine Wahlschablone in die Wahlrechtsordnung (in Anlehnung an die Regelungen bei Europa- und Bundestagswahlen) und Verschickung der Schablonen über das Wahlamt.	Senator für Inneres und Sport	<b>90</b> Das Thema wird im Zuge einer anstehenden Novelle der Landeswahlordnung geprüft.
---	----------------------------------	--	-------------------------------	--

**Laufend/ In Bearbeitung / Kontinuierlicher Prozess/ Kommender Berichtszeitraum**

<b>Zeiträumen der Umsetzung</b>	<b>Handlungsfeld</b>	<b>Maßnahme</b>	<b><u>Federführung</u> Weitere Beteiligte</b>	<b><u>Nummer</u></b>
Laufend	Belange behinderter Menschen mit Migrationshintergrund	<i>Beratungsstelle „Behinderung und Migration“</i> Eine verlässliche sowie dauerhaft finanzielle Absicherung der ambulanten Unterstützung ist anzustreben.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>91</b> Eine finanzielle Absicherung gibt es nicht. Nach dem Landesteilhabebeschluss gibt es aber den gesicherten Zugang zu den unabhängigen Behinderten-Beratungsstellen für behinderte Flüchtlinge aus den Erst- und Notunterkünften und für die Personen mit Migration und Behinderung, die in Bremen leben.
Laufend	Bürgerschaftliches und politisches Engagement	Beteiligung in Gremien, in Bürgerforen, öffentlichen Sitzungen etc. muss durch eine entsprechende Struktur unterstützt werden: Erstattung des Mehraufwands. Es sind Konzepte zum Abbau bestehender Barrieren beim politischen und bürgerschaftlichen Engagement zu entwickeln.		<b>92</b>
Laufend	Barrierefreie Mobilität	Beschaffung barrierefreier Busse und Bahnen für den Öffentlichen Personennahverkehr.	Senator für Umwelt <u>Bau und Verkehr</u> Bremer Straßenbahn AG	<b>93</b> Siehe Nr. 20
Laufend	Barrierefreie Mobilität	Herstellung der baulichen Barrierefreiheit in allen Bahnhöfen.	Senator für Umwelt Bau und Verkehr	<b>94</b> Siehe Nr. 20
Laufend	Barrierefreie Mobilität	Barrierefreie Fahrzeuge im Schienengebundenen Personennahverkehr	Senator für Umwelt Bau und Verkehr	<b>95</b> Siehe Nr. 20

Laufend	Barrierefreie Mobilität	Der Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025 sieht Maßnahmen zur Reduzierung bestehender Barrieren im öffentlichen Verkehrsraum vor. Problembereiche sollen erfasst und Vorschläge zur Beseitigung aufgenommen werden.	Senator für Umwelt Bau und Verkehr	<b>96</b> Siehe Nr. 20
Laufend	Barrierefreie Mobilität	Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fähren Bremen-Stedingen GmbH, um behinderte Menschen zu unterstützen.	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>97</b> Am 22. und 27.10.2015 haben die Schulungen bei der BSG stattgefunden
Laufend	Bauen & Wohnen	Förderung der Schaffung von rollstuhlgerechten Wohnungen im Rahmen des Wohnungsbauförderungsprogramms.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>98</b> Siehe Nr. 20
Laufend	Bauen & Wohnen	Die Angebote der offenen Hilfe als gemeindenaher, niedrigschwellige Unterstützung im Sozialraum dauerhaft finanziell absichern.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>99</b> Die unabhängigen Behinderten - Beratungsstellen und Begegnungs- und Unterstützungsmöglichkeiten sind über jährliche Zuwendungen finanziert. Diese müssen jedes Jahr neu beantragt werden.
Laufend	Bauen & Wohnen	Die Angebote der offenen Hilfe für ältere Menschen sollen für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein und in barrierefreien Begegnungsstätten stattfinden. Ein Konzept soll darstellen, wie dies hergestellt werden kann.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>100</b>
Laufend	Bauen & Wohnen	Den Mobilen Rehabilitationsdienst PRISMA für blinde und sehbehinderte Menschen als gemeindenahen Unterstützungsdienst dauerhaft absichern.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>101</b> PRISMA ist abgesichert. Die Senatorin für Soziales hat mit dem Blinden- und Sehbehindertenverein eine Vereinbarung nach § 75 SGB XII geschlossen. Das Training lebenspraktischer Fähigkeiten ist dort als Leistung der Eingliederungshilfe festgelegt.

Laufend	Bauen & Wohnen	Ausdifferenzierung der Unterstützungsangebote für verschiedene Hilfebedarfe und Wohnmodelle - Umwandlung stationärer Angebote in ambulante Unterstützung - durch Abbau von jährlich 5 % stationärer Plätze in Wohnheimen zugunsten ambulanter Unterstützung.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>102</b>  Ein Konzept zur Umwandlung stationärer Einrichtungen wird bis Ende 2016 erarbeitet. Fortlaufend finden Gespräche mit diversen Leistungserbringern zur Ambulantisierung ihrer stationären Angebote statt.
Laufend	Erziehung und Bildung	Qualitätsentwicklung in der Erbringung der Komplexleistungen (Zielsetzung).	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und <u>Frauen</u> Krankenkassen	<b>103</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Qualitätsentwicklung in der Zusammenarbeit der Kindertagesbetreuung und der Interdisziplinären Frühförderung (Zielsetzung).	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und <u>Frauen</u> Krankenkassen	<b>104</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Konzeptionelle und strukturelle Entwicklung der gemeinsamen Förderung und Gruppen für unter dreijährige Kinder (Zielsetzung).	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>105</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Zeitnahe Ausstattung von Einrichtungen mit Persönlichen Hilfen zur Sicherstellung des Kitabesuches (Zielsetzung).	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>106</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Zusammenarbeit mit Norddeutschen Ländern bezogen auf Qualitätsentwicklungsfragen und mögliche Bundesinitiative zur Weiterentwicklung der Frühförderverordnung.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>107</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Inklusion als Mittelpunkt des Reformprozesses im Bereich schulische Bildung (Zielsetzung).	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>108</b>  Ist fester Bestandteil in der Arbeit in Schulen und in der senatorischen Behörde und in den durch sie zu verantwortenden Institutionen



Laufend	Erziehung und Bildung	Qualitätsentwicklung des inklusiven Prozesses an Bremer Schulen (Zielsetzung).	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>109</b> Ist im täglichen Prozess der Umsetzung, Bestandteil der Zielvereinbarungsgesprächen zwischen Schulaufsicht und Schulleitungen
Laufend	Erziehung und Bildung	Barrierefreiheit in Schulen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Reduzierung der bestehenden Barrieren in Schulen</li> <li>• Abbau der bestehenden Barrieren bei Modernisierung, Umbau und Instandhaltung der Schulen</li> </ul>	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>110</b> Beinhaltet der neue Schulstandortplan, der sich im Abstimmungsprozess befindet
Laufend	Erziehung und Bildung	Das Thema Inklusion in allen Hochschulen konzeptionell verankern (Zielsetzung).	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>111</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Den rechtlichen Rahmen an die Erfordernisse der UN-BRK anpassen (Zielsetzung).	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>112</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Das Thema Inklusion mittelfristig in allen geförderten Weiterbildungseinrichtungen systematisch vereinbaren (Zielsetzung).	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>113</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Die in der Verantwortung der Einrichtung stehende Umsetzung durch das jeweilige Qualitätsmanagementsystem sicherstellen.	Senatorin für Bildung und Wissenschaft	<b>114</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Barrierefreiheit und Hinweise auf Barrierefreiheit bei den anerkannten Weiterbildungseinrichtungen.	Senatorin für Bildung <u>und Wissenschaft</u> Anerkannte Weiterbildungseinrichtungen	<b>115</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Angebote für Menschen mit Behinderungen öffnen. <ul style="list-style-type: none"> <li>• Neue Zugänge, Inhalte und Begegnungen organisieren,</li> <li>• Best Practise erproben und auswerten,</li> <li>• Konzepte weiterentwickeln</li> </ul>	Senatorin für Bildung <u>und Wissenschaft</u> Anerkannte Weiterbildungseinrichtungen	<b>116</b>

Laufend	Erziehung und Bildung	Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in den anerkannten Weiterbildungseinrichtungen anregen.	Senatorin für Bildung <u>und Wissenschaft</u> Anerkannte Weiterbildungseinrichtungen	<b>117</b>
Laufend bis 2022	Erziehung und Bildung	Angebote im Bereich der Alphabetisierung und Grundbildung erhöhen Das ressortübergreifende Bremen-Konzept für Alphabetisierung und Grundbildung umfasst Maßnahmen zur Alphabetisierung und Grundbildung. Deren Umsetzung und deren Finanzierung sollen im angemessenen Umfang sichergestellt werden.	Senatorin für Bildung <u>und Wissenschaft</u> Bremer Bündnis für Alphabetisierung und Grundbildung	<b>118</b>
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Arbeitsmarktprogramm PLUS (Arbeitsmarkt-programm für schwerbehinderte Menschen in Kooperation mit den Trägern der Arbeitsvermittlung im Land Bremen, § 16 SchwbAV) weiterführen.	Amt für Versorgung und Integration, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>119</b>  Das Arbeitsmarktprogramm Plus läuft noch bis zum 31.12.2017. Die Wirksamkeit des Programms wird derzeit evaluiert, eine Fortsetzung ist beabsichtigt.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Prämierung der Einführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements: Jährliche Durchführung eines Wettbewerbs und Auszeichnung.	Amt für Versorgung und Integration	<b>120</b>  Auch für 2016 wurde eine Ausschreibung durchgeführt.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Arbeit der Integrationsberater sicherstellen.	Amt für Versorgung und Integration	<b>121</b>  Die Verträge mit den Integrationsfachdiensten, die die Integrationsberater eingestellt haben, laufen bis zum 31.12.2018. In Bremerhaven erfolgt eine Aufstockung um eine halbe Stelle auf eine VZStelle (vgl. Zi. 24). Eine Weiterentwicklung und Verstetigung des Angebotes auch mit weiteren Partnern des regionalen Arbeitsmarktes wird angestrebt.

Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Initiative Inklusion Handlungsfeld 1 (Berufs-orientierung für schwerbehinderte Schülerinnen und Schüler) umsetzen.	Amt für Versorgung und Integration, Senator für Wirtschaft, <u>Arbeit und Häfen</u> Weitere siehe LAP	<b>122</b>  <b>Umsetzung ist erfolgt</b> Das Handlungsfeld wurde umgesetzt und die Bundesmittel werden Ende dieses Schuljahres voraussichtlich vollständig verbraucht sein. Die Beteiligten verhandeln aktuell über eine Verstetigung.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Initiative Inklusion Handlungsfeld 2 (Neue Ausbildungsplätze für schwerbehinderte junge Menschen) umsetzen.	Amt für Versorgung und Integration, Senator für Wirtschaft, <u>Arbeit und Häfen</u> Träger der Arbeitsvermittlung	<b>123</b>  <b>Umsetzung ist erfolgt</b> Das Handlungsfeld wurde umgesetzt. Es wurden (bzw. werden teilweise aktuell noch) 22 Ausbildungsplätze gefördert. Damit wurde das vom BMAS vorgegebene Ziel von 10 Ausbildungsplätzen deutlich übertroffen.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Initiative Inklusion Handlungsfeld 3 (Neue Arbeitsplätze für ältere schwerbehinderte Menschen) umsetzen.	Amt für Versorgung und Integration, Senator für Wirtschaft, <u>Arbeit und Häfen</u> Träger der Arbeitsvermittlung	<b>124</b>  <b>Umsetzung ist erfolgt</b> Das Handlungsfeld wird bis zum Auslaufen der Maßnahme durchgeführt.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Arbeitsgemeinschaftstreffen der Partner vom Amt für Versorgung und Integration und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen im Bereich der Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben weiterführen.	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>125</b>  Umsetzung läuft Ein erstes Treffen befindet sich in Vorbereitung.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Intensivierung der Bemühungen zusammen mit den Kooperationspartnern Agentur für Arbeit, Jobcenter und Gesamtschwerbehindertenvertretung, junge schwerbehinderte Menschen für eine Ausbildung, ein Praktikum oder ein Referendariat im öffentlichen Dienst zu gewinnen.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Agentur für Arbeit, Jobcenter, Gesamtschwerbehinder- tenvertretung	<b>126</b>  Laufend

Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Beschäftigungsquote von mindestens 6 %.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Alle Ressorts	<b>127</b> Laufend (Beschäftigungsquote 2015: 6,92)
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Unterstützung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen gemäß § 141 SGB IX.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Alle Ressorts	<b>128</b> Laufend Antwort Inneres: Das Ressort sucht laufend weiteren nach Möglichkeiten, über die schon bestehende Kooperation hinaus, Beschäftigung für Menschen mit Behinderung in Werkstätten für behinderte Menschen (Werkstatt Bremen) zu finden.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Verstärkung und Systematisierung bestehender Ansätze in der Schnittstelle von Betrieblichem Gesundheitsmanagement und Arbeitsschutz (zum Beispiel im Handlungsfeld psychische Belastung und deren Integration in die Gefährdungsbeurteilung).	Senatorin für Finanzen	<b>129</b> Eine Handlungshilfe zur Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung bei der Arbeit wurde gemeinsam von der Senatorin für Finanzen (Kompetenzzentrum Gesundheitsmanagement) und den Fachdiensten für Arbeitsschutz erstellt. Die Unterstützung der Dienststellen bei der Gefährdungsbeurteilung erfolgt zukünftig in Kooperation.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Entwicklung und Durchführung von Kampagnen zur Prävention durch das Kompetenzzentrum Gesundheit. (Aktuell 2013/14 zum Beispiel Kampagne zur Rückenprävention).	Senatorin für Finanzen	<b>130</b> Die Entwicklung eines neuen Präventionsthemas (voraussichtlich psychisch Gesundheit) ist für 2017 geplant
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Spezielle Angebote für gehörlose und hörgeschädigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im zentralen Fortbildungsprogramm der Freien Hansestadt Bremen.	Senatorin für Finanzen	<b>131</b> Wird regelmäßig im zentralen Fortbildungsprogramm angeboten; d.h. auch im neuen Programm 2016/2017
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung der Beschäftigten für Ihre Gesundheit im zentralen Fortbildungsprogramm der Freien Hansestadt Bremen.	Senatorin für Finanzen	<b>132</b> Wird regelmäßig im zentralen Fortbildungsprogramm angeboten, d.h. auch im neuen Programm 2016/2017.

Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Berücksichtigung des Punktes Gesundheitsmanagement in der Führungskräftefortbildung im zentralen Fortbildungsprogramm der Freien Hansestadt Bremen	Senatorin für Finanzen	<b>133</b> Wird regelmäßig im zentralen Fortbildungsprogramm angeboten, d.h. auch im neuen Programm 2016/2017.
Kontinuierlicher Prozess	Gesundheit und Pflege	Bei Neubau von Arzt- und Psychotherapiepraxen oder Neuzulassung von Ärztinnen, Ärzten und Psychotherapeutinnen, Psychotherapeuten prüft die zuständige Stelle, ob § 50 Absatz 2 Nummer 9 der Bremischen Landesbauordnung eingehalten wurde.	Die Zuständigkeit liegt bei der <u>Selbstverwaltung</u> . Der Senator für Gesundheit wirbt um die Einhaltung der Bremischen Landesbauordnung und der Beteiligung beim Stadtführer „Barrierefreies Bremen“.	<b>134</b> Hierzu gibt es keine neuen Erkenntnisse. Die Gesundheitsbehörde hat darauf keinen direkten Einfluss.
Die Umsetzung ist eine laufende Aufgabe	Gesundheit und Pflege	Das Herstellen der Barrierefreiheit in den Kliniken bei Neubau-Maßnahmen.	Bremische Krankenhausgesellschaft und Krankenhäuser im Lande Bremen	<b>135</b> Diese Umsetzung ist eine Aufgabe der ‚Selbstverwaltung‘ und somit eine Angelegenheit der Krankenhäuser selbst und der Bremischen Krankenhausgesellschaft. Die Gesundheitsbehörde setzt sich weiterhin für das Herstellen der Barrierefreiheit ein.
Umsetzung der genannten Maßnahmen ist eine kontinuierliche Aufgabe	Gesundheit und Pflege	Weiterentwicklung der Psychiatriereform einschließlich des Ausbaus ambulanter Hilfen und von Home Treatment Angeboten..... (siehe LAP Seite 90)	<u>Senator für Gesundheit</u> Leistungsanbieter und Leistungsträger, Psychiatrische klinische Einrichtungen, Träger der Freien Wohlfahrtspflege, Nutzerinnen/Nutzer und Angehörige	<b>136</b> Über die Begleitgruppe Psychiatrie werden die Modellprojekte zur sektorübergreifenden Behandlung, zum Hometreatment und zur Einrichtung gemeindepsychiatrischer Verbände unterstützt. Die Weiterentwicklung der Psychiatriereform in Bremen verläuft aber langsamer, als von der Gesundheitsbehörde gewünscht. Daher stellt sie im Haushalt 2016 und 2017 Modellgelder zur Verfügung. Diese sollen dafür eingesetzt werden, ein Nachtcafé aufzubauen, regionale Krisenintervention zu erproben und die Vernetzung von stationären und teilstationären und

				ambulanten Angeboten zu verbessern. Dies soll insbesondere Menschen zu Gute kommen, die der wegen der Vielfalt ihrer Problemlagen lange im Krankenhaus bleiben müssen oder in geschlossenen Heimen außerhalb Bremens untergebracht werden.
Fortlaufend	Gesundheit und Pflege	Maßnahmen für die Personengruppe „ältere Menschen mit Behinderung“ entwickeln.	<u>Landesteilhabebeirat</u> Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>137</b>
Fortlaufend	Gesundheit und Pflege	Standards für Pflege von Menschen mit Behinderungen entwickeln.	<u>Landesteilhabebeirat</u> Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>138</b>
Fortlaufend	Kultur, Freizeit und Sport	Aufnahme der Türbreiten in den Veranstaltungshinweisen (Entsprechende Vorgespräche sind seitens des Ressorts geführt worden, und es wurde Zustimmung seitens vieler Einrichtungen signalisiert).	<u>Senator für Kultur</u> Kultureinrichtungen	<b>139</b>  Wird von den Einrichtungen überwiegend umgesetzt; läuft weiter
Fortlaufend bei anstehenden Sanierungsmaßnahmen	Kultur, Freizeit und Sport	Die Herstellung der Barrierefreiheit in den kulturellen Einrichtungen, Museen, Theatern unter Beachtung der Rechtsträgerstruktur für die Bedarfe aller Personengruppen, insbesondere für sehbehinderte, blinde, gehörlose und auf den Rollstuhl angewiesene Menschen.	<u>Senator für Kultur</u> Immobilien Bremen	<b>140</b>  Wird bei Bauvorhaben unter Beteiligung der öffentlichen Hand umgesetzt; läuft weiter
Kontinuierlich im Rahmen der vorhandenen Ressourcen	Kultur, Freizeit und Sport	Veränderung der Angebote der Volkshochschule: Inklusiv und für alle Personengruppen.	<u>Senator für Kultur</u> Kultureinrichtungen	<b>141</b>  Fortlaufend

Kontinuierlich im Rahmen der vorhandenen Ressourcen	Kultur, Freizeit und Sport	Einwirken auf die Kultureinrichtungen, Angebote für Menschen mit Sehbehinderungen zu schaffen: Die Kultureinrichtungen werden aufgefordert, die Belange sehbehinderter Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu berücksichtigen und insbesondere bei der Erarbeitung neuer Angebote mit in den Fokus zu nehmen.....	<u>Senator für Kultur</u> Kultureinrichtungen	<b>142</b>  Kunsthalle: Spezielle Angebote für Sehbehinderte; Botanika: Führungen für Sehbehinderte; Gerhard-Marcks-Haus: Inklusive Führungen. Audioguides gibt es unter anderem in der Kunsthalle, Museen Böttcherstraße, Focke-Museum. In einigen Museen haben Begleitpersonen für Sehbehinderte freien Eintritt; Blindenhunde sind willkommen
Kontinuierlich im Rahmen der vorhandenen Ressourcen	Kultur, Freizeit und Sport	Einwirken auf die Kultureinrichtungen, gemeinsame Angebote für gehörlose und hörende Menschen schaffen: Die Kultureinrichtungen werden aufgefordert, die Belange gehörloser Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu berücksichtigen und insbesondere bei der Erarbeitung neuer Angebote mit in den Fokus zu nehmen.	<u>Senator für Kultur</u> Kultureinrichtungen	<b>143</b>  Fortlaufend
Fortlaufend	Kultur, Freizeit und Sport	Einwirken auf die Einrichtungen, Leichte Sprache einführen: Homepages der Einrichtungen werden sukzessive mit entsprechenden Texten versehen.	<u>Senator für Kultur</u> Kultureinrichtungen	<b>144</b>  Prozess läuft
Fortlaufend	Kultur, Freizeit und Sport	Weitere Umsetzung der Barrierefreiheit in den Sportstätten und Bädern, insbesondere bei Instandhaltung / Sanierung und Neubau.	Senator für Inneres und <u>Sport</u> Bremer Bädergesellschaft, sof. Bäder betroffen sind	<b>145</b>  Fortlaufender Prozess (aktuell die Umkleiden im Burgwall-Stadion und kommend der Umbau Ihletal, Horn und Westbad)
Fortlaufend bei Um- und Neubaumaßnahmen	Kultur, Freizeit und Sport	In den Bädern sollen mehr Schränke mit tastbaren Ziffern zur Verfügung stehen sowie Umkleidebereiche, in denen beide Geschlechter Zugang haben.	Senator für Inneres und <u>Sport</u> Bremer Bädergesellschaft	<b>146</b>  Fortlaufender Prozess
Fortlaufend	Kultur, Freizeit und Sport	Zusätzliche Badelifter in den Bädern zur Verfügung stellen.	Senator für Inneres und <u>Sport</u> Bremer Bädergesellschaft	<b>147</b>  Fortlaufender Prozess

Fortlaufend	Kultur, Freizeit und Sport	Einwirken auf den organisierten Sport, dass nicht allein die Infrastruktur des Sports sondern die Sportangebote und –veranstaltungen auch inhaltlich barrierefrei ausgestaltet werden.	Senator für Inneres und <u>Sport</u> Landessportbund	<b>148</b> Fortlaufender Prozess
Fortlaufend	Kultur, Freizeit und Sport	Unterstützung der Schulung der Übungsleiterinnen, Übungsleiter bei Bedarf auch mit Gebärdensprachdolmetscherinnen, Gebärdensprachdolmetschern, im Rahmen der Möglichkeiten der Sportfördermittel.	Senator für Inneres und <u>Sport</u> Fachverbände	<b>149</b> Fortlaufender Prozess
Fortlaufend	Kultur, Freizeit und Sport	Absicherung der professionellen und ehrenamtlichen Unterstützung im Sport.	Senator für Inneres und Sport	<b>150</b> Fortlaufender Prozess
Fortlaufend bei Bedarf	Kultur, Freizeit und Sport	Unterstützung von Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen mit Behinderungen (vergleiche Handlungsfeld 7).	Senator für Inneres und <u>Sport</u> ZGF, Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, Krankenkassen	<b>151</b> ZGF bemüht sich auf der Grundlage der Standards Selbstbehauptung um Abstimmung mit dem Sportressort
Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Ausbau der Barrierefreiheit bei den Amtsgerichten und dem Landgericht.	Senator für Justiz und Verfassung	<b>152</b> Der Zugang zum Amtsgericht Bremen und inzwischen auch zum Landgericht Bremen entspricht nunmehr den baulichen barrierefreien Anforderungen. Auch in den Gebäuden ist nunmehr die barrierefreie Erreichbarkeit aller Stockwerke gegeben.
Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Fortbildung der Richterinnen und Richter, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Betreuungsbehörden und Betreuungsvereine sowie der ehrenamtlichen und beruflichen Betreuerinnen und Betreuer und Bevollmächtigten zu Bedeutung und Folgen der UN-BRK für das Betreuungsrecht, die betreuungsrechtliche und die gerichtliche Praxis.	Senator für Justiz und Verfassung, Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>153</b> <u>Justiz:</u> Die Mitarbeiter/-innen der Betreuungsgerichte sind durch die tägliche Praxis für die Belange von Menschen mit Behinderungen sensibilisiert. Es besteht die Möglichkeit entsprechende Fachfortbildungsangebote zu nutzen. Es ist weiter geplant, die Kernpunkte der UN-BRK mit Blick auf Justiz in eine Fortbildung für Führungskräfte der Justiz einzubinden.



				<p><u>Soziales:</u> Das Bundesministerium hat den Bedarf nach Fortbildungen für Richter zur UN-BRK abgefragt. Es gibt einen Termin im Oktober, um das Thema zu beraten. Daran nehmen Vertreter der Focal Points in den Ländern, Richter und die Monitoring-Stelle zur Umsetzung der UN-BRK teil</p>
Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Öffentlichkeitsarbeit durch Broschüren zu Einzelthemen des Betreuungsrechts insbesondere zu vorsorgenden Verfügungen und Übertragung der Broschüren in Leichte Sprache.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<p><b>154</b></p> <p>Die Broschüre zu Vorsorge-Vollmachten in Leichter Sprache ist fast fertig. Sie soll in diesem Jahr veröffentlicht werden.</p>
Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Anpassung des Aus- und Fortbildungsprogramms an die Vorgabe aus der UN-BRK, mit dem Ziel der Sensibilisierung für Situationen behinderter Menschen.	Senator für Inneres und Sport	<p><b>155</b></p> <p>Im Rahmen der Aus- und Fortbildung werden laufend Veranstaltungen angeboten, die für die Situation behinderter Menschen sensibilisieren sollen; 2016 z.B. „Polizei und psychisch Kranke“ – Das Seminar will einen Überblick über gängige psychische Erkrankungen und deren Erscheinungsbild sowie einen Überblick über Organisationen, die in diesem Bereich arbeiten, geben.</p> <p>Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen zum Thema „sexualisierte Gewalt“, in denen auch „sexualisierte Gewalt“ gegen Behinderte thematisiert wird.</p> <p>In der Führungskräftequalifikation wird darüber hinaus im Teilmodul „Diversity Management“ die Situation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgegriffen, die sich in ihrer täglichen Arbeit mit Menschen mit Behinderungen auseinandersetzen müssen.</p>

Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Ausbau der Zusammenarbeit Werkstatt Bremen und Polizei Bremen <ul style="list-style-type: none"> <li>unter anderem Übernahme von Aufgabenpaketen im Rahmen der Umorganisation der Materialverwaltung</li> </ul>	Senator für Inneres und Sport	<b>156</b>  Es wird permanent nach weiteren Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Werkstatt Bremen und der Polizei gesucht. Das letzte Projekt – die Übernahme der Beweisstückstelle – wurde im Januar 2013 erfolgreich realisiert. Auch die Druckerei der Werkstatt Bremen wird seit Jahren regelmäßig von den Behörden des Ressorts in Anspruch genommen
Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Barrierefreier Zugang zu bestehenden Einrichtungen im Gewaltbereich.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, <u>Immobilien Bremen</u> Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	<b>157</b>  Teil einer Gesamtstrategie zur Verbesserung der Situation gewaltbetroffener Frauen und Mädchen mit Behinderung/Beeinträchtigung. Schwerpunktsetzung bei der ZGF musste wegen besonderer Aufgaben im Flüchtlingsbereich verschoben werden.
Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Unterstützung und Bezuschussung von Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen durch Träger des Sports.	Senator für Inneres und <u>Sport</u> Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, ZGF	<b>158</b>  ZGF bemüht sich auf der Grundlage der Standards Selbstbehauptung um Abstimmung mit dem Sportressort Der LSB arbeitet an Standards Selbstbehauptung mit – die Finanzierung von Kursen für Frauen, Mädchen, Menschen mit Behinderung ist Thema.
Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Entwicklung bzw. Weiterentwicklung bestehender Leitlinien zum Schutz vor Gewalt anregen und voranbringen.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und <u>Frauen</u> ZGF	<b>159</b>  Noch offen. Die Umsetzung der Bedarfe von Frauen und Mädchen mit Behinderung/ Beeinträchtigung zum Schutz vor Gewalt kann durch den AK Gewalt gegen Frauen und Mädchen begleitet werden. Zunächst geht es aber um die Setzung des Themas und Klärung kurz-mittel- und langfristiger und erreichbarer Ziele.

Fortlaufend	Barrierefreie Information und Kommunikation	Verbesserungen im zentralen Dokumentenmanagementsystem VISkompakt: Das Managementsystem VISkompakt hat Schwächen hinsichtlich der Barrierefreiheit - für zukünftige Versionen wird der Hersteller PDV Systeme GmbH Verbesserungen herbeiführen.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Gesamtschwerbehindertenvertretung Gesamtpersonalrat, Landesbehindertenbeauftragter	<b>160</b>  bislang in der aktuellen Version (VIS 5.3) nicht barrierefrei erschließbar,  fortlaufend
Fortlaufend	Barrierefreie Information und Kommunikation	Contentmanagementsystem Six (KoGIs-Baukasten): Die Internetauftritte der Bremischen Verwaltung verwenden fast vollständig den barrierefreien KoGIs-Baukasten. Das verwendete Contentmanagementsystem der Firma Six Offene System hat seit der Version 8 große Fortschritte bei der Erfüllung der Barrierefreiheit geleistet.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Gesamtschwerbehindertenvertretung Gesamtpersonalrat, Landesbehindertenbeauftragter	<b>161</b>  Fortlaufend
Fortlaufend	Barrierefreie Information und Kommunikation	Umsetzungen in den Internetauftritten der Bremischen Verwaltung – KoGIs: Die Internetauftritte der Bremischen Verwaltung verwenden zunehmend Texte in Leichter Sprache und Videos in Deutscher Gebärdensprache.	<u>Alle</u> Ressorts	<b>162</b>  Antwort Inneres: Im Ressort Senator für Inneres wurden bisher folgende Maßnahmen umgesetzt: Senatorische Dienststelle, Polizei, Stadtamt, Statistisches Landesamt: Text in leichter Sprache vorhanden, Polizei darüber hinaus auch Gebärdenvideo. Die Feuerwehr hat bisher noch keine Maßnahme umgesetzt.
Fortlaufend	Barrierefreie Information und Kommunikation	Barrierefreie Information und Kommunikation für Menschen mit Sinnesbehinderungen und kognitiven Einschränkungen verbessern. Siehe LAP	Alle Ressorts <u>Senatorin für Finanzen</u> Aus- und Fortbildungszentrum und das Büro für Leichte Sprache der Lebenshilfe Bremen	<b>163</b>  Fortlaufend

In Abarbeitung	Schutz der Persönlichkeitsrechte	<p>Prüfung von Möglichkeiten, die Zusammenarbeit mit der Werkstatt Bremen öffentlichkeitswirksamer zu gestalten</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwurf eines gemeinsamen Logos und Veröffentlichung an ausgewählten Dienststellen</li> </ul>	Senator für Inneres und Sport	<p style="text-align: center;"><b>164</b></p> <p>Die Zusammenarbeit zwischen der Werkstatt Bremen und der Polizei wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit bei vielfältigen Gelegenheiten sowohl von der Werkstatt Bremen als auch der Polizei immer wieder hervorgehoben. Ein gemeinsames Logo erscheint vor diesem Hintergrund entbehrlich.</p>
In Bearbeitung	Schutz der Persönlichkeitsrechte	<p>Erarbeitung einer Grundlage zur Darstellung der Schnittstellenbereiche der UN-BRK auf die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung im Land Bremen. Identifizierung möglicher Schwachstellen mit anschließender Prüfung von Maßnahmen zur optimierten Umsetzung der Vorgaben aus der UN-BRK. Anlassbezogene Steuerung von Ergebnissen im Verlauf der Abarbeitung.</p>	Senator für Inneres und Sport	<p style="text-align: center;"><b>165</b></p> <p>Beim Senator für Inneres wurde im Rahmen eines Projekts eine Schwachstellenanalyse vorgenommen. Für den barrierefreien Zugang von Objekten ist ein entsprechender Eintrag im internen Liegenschaftskataster der Polizei vorgenommen worden. In diesem Zusammenhang wurde auch das Teilprojekt „Stadtführer barrierefreies Bremen“ weitergeführt und befindet sich in der konkreten Abarbeitung.</p>
In weiterer Bearbeitung	Schutz der Persönlichkeitsrechte	<p>Entwicklung eines standardisierten Verfahrens zur Fesselung von Gehörlosen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Prüfung einer speziellen Handfessel für Gehörlose</li> </ul>	Senator für Inneres und Sport	<p style="text-align: center;"><b>166</b></p> <p>Im Einzelfall mag die Fesselung von Gehörlosen zu Problemen führen. Da es sich aber um kein generelles Problem handelt, wird diese konkrete Maßnahme nicht weiter verfolgt. Ggf. kann dieser Punkt in die Fortbildung aufgenommen werden (s. Nr. 155) um für die Problematik zu sensibilisieren. Darüber hinaus prüft die Polizei zurzeit, ob die Vorschriften zur Anwendung unmittelbaren Zwangs im Hinblick auf die Belange Behinderter angepasst werden müssen</p>

In weiterer Bearbeitung	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Vereinheitlichung des Fax Vordrucks zwischen der Polizei Bremen, der Ortspolizeibehörde Bremerhaven, der Feuerwehr Bremerhaven und der Feuerwehr Bremen und Veröffentlichung im Internet der jeweiligen Behörden.	Senator für Inneres und Sport	<b>167</b>  Aus Sicht der Polizei besteht kein zwingender Bedarf zur Vereinheitlichung der Fax-Vordrucke. Unabhängig davon werden die Fax-Vordrucke auf eine bessere Verwendbarkeit hin überprüft und ggf. angepasst.
Planung abhängig von Finanzierung	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Schaffung eines qualifizierten Beratungsangebotes zur Stärkung der Vorsorge insbesondere durch Unterstützung bei der Errichtung von Vollmachten durch anerkannte Betreuungsvereine, § 1908f Absatz 4 BGB.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>168</b>  Das Angebot wurde geschaffen. In Bremen gibt es dafür vier Vereine. In Bremerhaven gibt es einen Verein. Vier Vereine bekommen für die Beratungen Geld von der Senatorin für Soziales.
Planung abhängig von Finanzierung	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Schaffung eines Angebots (Projekt) zur Beratung und Unterstützung unterhalb von rechtlicher Betreuung für Personen, die entscheidungsfähig sind, aber Unterstützung und Assistenz benötigen.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>169</b>  Ein Projekt wurde zusammen mit „Selbstbestimmt Leben“ entwickelt. Das Projekt heißt „Organisations-Assistenz“. Das Geld dafür wurde beantragt. Es gibt aber noch keine Bewilligung.
Planung abhängig von Finanzierung	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Vermeidung von freiheitsentziehenden Maßnahmen in Einrichtungen für Menschen im Alter und mit Beeinträchtigungen durch eine moderierte ethische Fallbesprechung.... Siehe LAP	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>170</b>  Hospize in Bremen bieten die Ethische Fallbesprechung an. Eine Broschüre dazu ist fertig und wird am 9. Mai 2016 von der Senatorin vorgestellt. Die Senatorin hat dafür die Zeitungen in Bremen und das Fernsehen eingeladen.
Abhängig von der Entwicklung auf Bundesebene	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Förderung einer bundesrechtlichen Regelung zur psychosozialen Prozessbegleitung für Opfer von Straftaten.	Senator für Justiz und Verfassung (beteiligt)	<b>171</b>  Die Umsetzung einer psychosozialen Prozessbegleitung für Opfer von Straftaten läuft in Bremen.

Abhängig von der Entwicklung auf Bundesebene	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Prüfung, wie die Unterstützung von Gewalt betroffener behinderter Frauen und Mädchen in Strafverfahren gewährleistet ist und gegebenenfalls verbessert werden kann.	Senator für Justiz und Verfassung, Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und <u>Frauen</u> Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	<b>172</b>  Justiz: Die bereits laufende Umsetzung einer psychosozialen Prozessbegleitung für Opfer von Straftaten umfasst auch die Unterstützung von Gewalt betroffener behinderter Frauen und Mädchen in Strafverfahren.  ZGF: Steht noch aus
Kommender Berichtszeitraum	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Information an die Träger von Behinderten-Beratungsstellen und Wohneinrichtungen über das Angebot der Traumaambulanz, damit diese von Gewalt betroffenen behinderten Frauen hinreichend genutzt wird.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und <u>Frauen</u> Amt für Versorgung und Integration, Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	<b>173</b>  Eine gezielte Information an die Behinderten-Beratungsstellen ist noch nicht geschrieben. Im Rahmen des 1. Fachgesprächs zur Versorgung von Menschen mit geistiger Behinderung und zusätzlichen psychischen Beeinträchtigungen am 18.03.2015 wurde über das Angebot der Traumaambulanzen informiert.
Kommender Berichtszeitraum	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Die Erarbeitung von Curricula für die Übungsleiterinnen und Übungsleiter unterstützen.	Landessportbund, Landesbehinderten- <u>sportverband</u> ZGF	<b>174</b>  ZGF: Ist als Folgeaufgabe im Rahmen der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Standards Selbstbehauptung gesetzt.
Kommender Berichtszeitraum	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Schaffung der Rahmenbedingungen (Barrierefreiheit, barrierefreie Kommunikation, Gebärdensprachdolmetscherinnen, Assistentinnen) speziell für Mädchen und Frauen in Freizeit und Sport.	Landessportbund, Landesbehinderten-sportverband	<b>175</b>
Kommender Berichtszeitraum	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Den Rechtsanspruch auf gleichgeschlechtliche Pflege und Wahl der pflegenden Person umsetzen. Mit Blick auf mögliche Probleme in kleineren Einrichtungen zum Beispiel bei Nachtschichten Lösungsansätze erarbeiten.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>176</b>  Bei den drei ISB-Trägern ist gleich - geschlechtliche Pflege und Wahl der pflegenden Person der Anspruch und überwiegende Wirklichkeit. Mit den Trägern der Wohnangebote für Menschen mit geistiger Behinderung soll im Rahmen des Arbeitskreises der LAG das Thema beraten werden.

Kommender Berichts- zeitraum	Schutz der Persönlichkeits- rechte	Verbesserung des Gewaltschutzes bei Gewalt in Beziehungen, wenn die Täterin, der Täter die pflegende Person ist. Bedarf erheben und Vorschläge entwickeln.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und <u>Frauen</u> Ressortübergreifende AG „Häusliche Gewalt“, ZGF	<b>177</b>  Steht noch aus
------------------------------------	--	--	---	----------------------------------